

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Ermittlungserfolg gegen organisierte Schwarzarbeit – Nachfrage

Die Staatsanwaltschaft Koblenz führt gegen 25 Beschuldigte im Alter zwischen 19 und 63 Jahren ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt sowie der Steuerhinterziehung beziehungsweise der Beihilfe zu diesen Taten. In dem Verfahren haben am 17. Oktober 2018 ca. 350 Einsatzkräfte des Zolls unter der Federführung des Hauptzollamts Koblenz in Zusammenarbeit mit den Steuerfahndungsstellen der Finanzämter in Koblenz, Frankfurt am Main I, Offenbach am Main II, Wetzlar und Mannheim-Neckarstadt, der Landes- und der Bundespolizei umfangreiche Durchsuchungen durchgeführt. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie gliedern sich die 15 ausländischen Tatverdächtigen nach zuständiger Ausländerbehörde, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus auf?
2. Haben die zuständigen Ausländerbehörden in Rheinland-Pfalz aufenthaltsbeendende Maßnahmen aufgrund der Strafverfahren vom 17. Oktober 2018 vollzogen?
3. Wie viele der 25 Beschuldigten sind im Besitz eines Kleinen Waffenscheins, einer Waffenbesitzkarte oder eines Jagdscheins?
4. Wurden den Fahrerlaubnisbehörden die Namen der 25 Beschuldigten im Hinblick auf eine Prüfung der charakterlichen Eignetheit zum Führen von Fahrzeugen übermittelt? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie viele Dienstposten sind nach Kenntnis der Landesregierung bei der Zollverwaltung und Bundespolizei in Rheinland-Pfalz unbesetzt?
6. Wie viele Dienstposten sind nach Kenntnis der Landesregierung bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit in Rheinland-Pfalz unbesetzt?

Matthias Lammert